Zeitschrift: Mitteilungsblatt für die Schweizer im Fürstentum Liechtenstein
Herausgeber: Schweizer-Verein im Fürstentum Liechtenstein
Band: - (1977)
Heft: 2

Artikel: Bundesrat veröffentlicht neuen Finanzplan
Autor: [s.n.]
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-937989

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 04.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

zeuge" (Albatros)

- Erhöhung der Unterschriftenzahl für das Referendum auf 50 000 (Artikel 89 und 89bis der Bundesverfassung)
- Erhöhung der Unterschriftenzahl für die Verfassungsinitiative auf 100 000 (Artikel 102 und 121 der Bundesverfassung).

Für das gleiche Datum ist ferner die Abstimmung über die Volksinitiative "Für die Fristenlösung" (strafloser Schwangerschaftsabbruch während zwölf Wochen) vorgesehen, sofern das Geschäft spätestens in der Junisession vom Parlament erledigt wird.

Die mit 50 911 gültigen Unterschriften verlangte Volksabstimmung über das Gesetz betreffend die politischen Rechte findet hingegen später statt, indem dieses Gesetz für das Sammeln der Unterschriften für Initiativen eine Frist von 18 Monaten einführt, beschlägt es die gleiche Materie wie die auf Verfassungsstufe vorgeschlagenen Aenderungen.

Nach Rücksprache mit den Kantonen hat der Bundesrat für 1978 im übrigen folgende Daten für eidgenössische Volksabstimmungen blanko reserviert: 26. Februar, 28. Mai, 24. September und 3. Dezember.

BUNDESRAT VERÖFFENTLICHT NEUEN FINANZPLAN

Drosselung bei Einnahmen und Ausgaben - Abbau bei den Subventionen / Budgetgleichgewicht in Reichweite.

Folgende Zahlen wurden veröffentlicht: (in Mio Franken)

	1977	1978	1979
Gesamtausgaben	15 991	16 725	17 384
Acht wichtigste Aufgabengebiete			
Total	14 825	15 459	16 046
Landesverteidigung	3 162	3 226	3 457
Soziale Wohlfahrt	2 983	3 270	3 348
Verkehr	2 727	2 853	2 824
Unterricht und Forschung	1 552	1 612	1 679
Landwirtschaft	1 486	1 555	1 642

	1977	1978	1979
Beziehungen zum Ausland	567	599	681
Umweltschutz	242	246	244
Finazausgaben	2 106	2 098	2 171
Uebrige Ausgaben	1 166	1 266	1 338

AUSLÄNDERZUWACHS IN LIECHTENSTEIN

Die liechtensteinische Regierung will die "unliebsamen" Erscheinungen im Zusammenhang mit der Freizügigkeit von Wohnort und Arbeitsplatz der Schweizer beseitigen.

Unter diesem Titel veröffentlichten wir in unserm letzten "Mitteilungsblatt für die Schweizer im Fürstentum Liechtenstein (Nr. 1/1977) eine Abhandlung über dieses Thema, gestützt auf ein Gespräch von Regierungschef Dr. Walter Kieber mit der liechtensteinischen Presse. Mit etwelcher Sorge betrachteten wir die in den liechtensteinischen Zeitungen veröffentlichten Aeusserungen von Regierungschef Dr.Kieber. So berichtete z.B. das Liechtensteiner Volksblatt vom 27.1.77: "Die Regierung hat sich viel vorgenommen, Regierungschef Dr.Walter Kieber legt der Presse sein und seiner Kollegen Programm vor" und als weiterer Uebertitel "Schweizer Ueberbevölkerung in den Griff bekommen". Ebenso veröffentlichte das Liechtensteiner Vaterland am 29.1.1977 die Meldung "Zollvorschriften sollen total revidiert werden" und am 1.2.77 einen Bericht über "Ausländerzuwachs: Problem der Schweiz?".

In diesem Zusammenhang hat uns Regierungschef Dr.Walter Kieber am 16. März 1977 folgendes Schreiben zugestellt, das wir unsern Lesern gern zur Kenntnis bringen wollen und das vor allem unsere Meldung in unserm letzten Mitteilungsblatt in einem etwas andern Licht erscheinen lässt.

Wir danken Herrn Regierungschef Dr.Kieber herzlich für seine offene Stellungnahme zu diesem"Problem", das sicher nicht einfach zu lösen sein wird aber im Geiste der herzlichen und freundnachbarlichen Verbundenheit einer für beide Teile zu-